gab es nur 1 v. H. Angestellte jüdischer Abstammung im öffentlichen Dienst auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene. Fast alle waren noch vor 1918 eingestellt worden.

Der Vf. erinnert mehrmals an seine Grundthese: Die Juden Polens waren arm, weil sie in einem armen und unterentwickelten Lande lebten. Die Diskriminierung spielte nur eine untergeordnete Rolle. Die Behauptung, daß die Armut der Juden hauptsächlich Folge zunehmender Diskriminierung war, sei nicht mehr als ein Mythos. In seiner trefflichen Darstellung und Analyse des Programms der „Reformer" fehlt aber ein wichtiges Element: eine Antwort auf die Frage der Begründung ihres Programms. Wer waren eigentlich die Reformer? Waren sie nicht in Wirklichkeit verspätete Repräsentanten des europäischen ökonomischen Positivismus der zweiten Hälfte des 19. Jhs., dazu noch in seiner osteuropäischen (hauptsächlich polnischen und russischen) Spielart? Im Grunde genommen waren sie Vertreter des jüdischen Kleinbürgertums, deren Ansichten auch bei manchen Finanzmagnaten Beifall gefunden hatten (Hirsch, Montefiore, Warburg, Rothschild). Diese Frage verdient eine tiefere Behandlung.

Die Propaganda der Reformer stand im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit. Befreit von seiner ideologischen Hülle, ist ihr Programm ein Versuch, ein kleinbürgerliches Gesellschaftsmodell zu verwirklichen, mit einer geringen Zahl von Kaufleuten, mit Handwerkern, Beamten, womöglich auch mit einer Anzahl von Bauern (eher Dorfbewohnern), und im wesentlichen mit einem Binnenmarkt.

Trotz unverkennbarer Vorzeichen betrachteten die Juden in Polen einen Krieg, der eine Okkupation durch die Nationalsozialisten zur Folge hätte, nicht als größere Gefahr. Sie waren überzeugt, daß sie auch eine solche Okkupation bis zu einem schnellen und sicheren Siege der Alliierten durchhalten könnten. In diesem Zusammenhang erinnert M. an eine fast unglaubliche Episode: In einer Versammlung in Warschau, am 14. Mai 1939, versicherte Wladimir Zabotyński seine Zuhörer, daß es weder einen Krieg geben würde noch eine Revision der bestehenden Grenzen. Eine solche Täuschung, war, wie M. unterstreicht, allgemein in Polen verbreitet, und die Juden waren von der allgemeinen Stimmung beeinflußt. Sehr wenige hörten damals auf den tragischen Alarmruf des Arbeiters, Dichters, Sängers und Komponisten Mordechai Gebirtig, der von den Nationalsozialisten 1940 ermordet wurde. In seinem Liede „Unser Städtchen brennt ...", das er 1938 verfaßte, rief er seine Religionsgenossen zur Wachsamkeit und zur Tat auf und warf ihnen vor, daß sie, während ihre Häuser brannten (zu brennen drohten), mit gekreuzten Armen passiv zuschauten. Die letzten Worte des Liedes sind ein verzweifelter Alarmruf: „Steht nicht mit gekreuzten Armen da!" Dieses Lied hat, leider erst nach der Katastrophe, einen breiten Widerhall gefunden.

Paris Samuel Kerner

Henryk Szczerbiński: Niemieckie organizacje socjalistyczne w Drugiej Rzeczypospolitej. [Die deutschen sozialistischen Organisationen in der Zweiten Republik.] Wydawnictwo Wyższej Szkoły Oficerskiej MSW im. F. Dzierżyńskiego. Warschau 1986. 250 S.

In den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945 hat die Frage der deutschen Minderheit in Polen und darin eingeschlossen das Wirken der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens (DSAP) in der Polnischen Volksrepublik eine stark von den Emotionen der Kriegszeit und der ersten Nachkriegsjahre bestimmte Darstellung (historiografia emocjonalna) erfahren. Doch seit dem Ende der sechziger Jahre ist erfreulicherweise ein Bemühen um mehr Sachlichkeit in dieser Frage festzustellen.[1]

1) Vgl. A. Szefer: Z działalności Niemieckiej Partii Socialistycznej Robotniczej w województwie Sląskim 1933–1938 [Aus der Tätigkeit der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in der Wojewodschaft Schlesien 1933–1938], in: Zaranie Sląskie XXVII

Als Durchbruch auf dem Wege zur Sachlichkeit in der historischen Darstellung zumindest des Wirkens der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens kann die Schrift des Historikers Henryk Szczerbiński angesehen werden. Als Quelle für seine Arbeit führt er u.a. die nach 1945 in Polen erschienenen Publikationen über das deutsche Schulwesen 1918–1939 an.[2] Bereits früher hat Szcz. in einer Arbeit einen Weg des Ausgleichs erkennen lassen.[3]

Der Titel des neuen Werkes von Szcz. spricht allgemein von deutschen sozialistischen Organisationen in Polen, in Wirklichkeit befaßt sich die Arbeit aber ausschließlich mit dem Werden und Wirken der DSAP. Dabei werden die Besonderheiten der einzelnen Parteibezirke entsprechend herausgestellt. Szcz.s Bemühen um Objektivität ist schon in dem elf Seiten umfassenden Vorwort erkennbar, in welchem wichtige allgemeinpolitische Vorgänge im Polen der Zwischenkriegszeit beleuchtet werden.

Bemerkenswert ist aber die Unsicherheit, mit welcher Szcz. darin die Frage des deutschen Schulwesens angeht. Er gibt zu, daß die Deutschen angesichts der Verminderung der Zahl der staatlichen deutschen Schulen zur Schaffung illegaler Schulen gezwungen waren. Die Rechtfertigung jedoch, daß auch die Zahl der Deutschen in Polen zurückgegangen sei, muß zurückgewiesen werden. Denn seit Anfang der dreißiger Jahre, d.h. in der Zeit des stärksten Rückganges der Zahl der deutschen Schulen, war die Bevölkerungszahl der Deutschen in Polen stabil.

Parteiauthentische Unterlagen über die Tätigkeit der DSAP, wie Protokolle, Berichte der Parteigremien usw. lagen dem Vf. nicht vor, da dieses Material von der Organisationsleitung der Partei vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen im September 1939 vernichtet wurde. Informationen zur Geschichte der DSAP wurden daher vor allem aus Berichten amtlicher polnischer Stellen, vor allem der Wojewodschaftsämter und aus Polizeiberichten geschöpft. Herangezogen wurden auch Akten in den Archiven in Polen sowie im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam. Als wesentliche Ergänzung des benutzten Archivmaterials nennt der Vf. die Zeitungen der deutschen Sozialisten in Polen: „Volkszeitung" in Lodz, „Volkswille" in Kattowitz und „Volksstimme" in Bielitz.

Die Arbeit teilt Szcz. in drei territoriale Abschnitte ein, wobei er davon ausgeht, daß sich in jedem Bezirk eine besondere Problematik entwickelt habe. Irrtümlich spricht er dabei an einigen Stellen von einem Bezirk „Polnisch-Oberschlesien und Teschener Schlesien", während er später das Bestehen selbständiger Bezirke in Kattowitz und Bielitz hervorhebt.

An die erste Stelle setzt Szcz. den Parteibezirk Mittelpolen. Nach Hinweisen auf die Zahl und das Leben der Deutschen in Mittelpolen vor 1914 und in der Kriegszeit 1914–1918 folgt eine eingehende Untersuchung der Entstehung der Partei, die bei ihrer

---

(1964), S. 773–783; L. Meissner: Niemieckie organizacje antyfaszystowskie w Polsce 1933–1939 [Deutsche antifaschistische Organisationen in Polen 1933–1939], Warschau 1973; J. Walczak: Polska i niemiecka socjaldemokracja na Górnym Sląsku po przewrocie majowym 1926–1939 [Die polnische und die deutsche Sozialdemokratie in Polen nach dem Maiumsturz 1926–1939], Kattowitz 1980.

2) S. Mauersberg: Szkolnictwo powszechne dla mniejszości narodowych w Polsce w latach 1918–1939 [Das allgemeinbildende Schulwesen der nationalen Minderheiten in Polen in den Jahren 1918–1939], Breslau u.a. 1968; M. Iwanicki: Polityka oświatowa w szkolnictwie niemieckim w Polsce w latach 1918–1939 [Die Bildungspolitik im deutschen Schulwesen in Polen in den Jahren 1918–1939], Waschau 1978.

3) H. Szczerbiński: Swiadomość narodowa a asymilacja mniejszości narodowych w Polsce po 1945 [Nationalbewußtsein und die Assimulierung der nationalen Minderheiten in Polen nach 1945], Elbing.

Gründung am 22. 1. 1922 zunächst „Deutsche Arbeitspartei Polens" benannt wurde. Im Zusammenhang damit, daß die Gründungsversammlung im Lokal des „Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter" in Lodz stattfand, wirft Szcz. die Frage auf, ob zwischen diesem Verein und der Parteigründung ein Zusammenhang bestanden habe. Nach unserer genauen Kenntnis (der Unterzeichnete gehörte damals als Schriftführer dem Vorstand des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter an und war an den Vorbereitungen zur Gründung der DSAP beteiligt) bestand ein solcher Zusammenhang nicht. Der Verein war im Jahre 1907 als Gegenstück zu der damals im Untergrund tätigen und in Lodz überwiegend von deutschen Arbeitern getragenen „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens" von bürgerlichen Kreisen ins Leben gerufen worden.

Eine objektive Darstellung erfährt die Tätigkeit der Sejmabgeordneten der DSAP Arthur Kronig und Emil Zerbe wie auch die Frage der von ihnen angeknüpften Beziehungen zur Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Von besonderer Bedeutung ist dabei auch die Darstellung der Verbindung zur polnischen Gewerkschaftsbewegung, die auf Antrag der DSAP im November 1926 zur Schaffung einer deutschen Abteilung des Klassenverbandes der Textilarbeiter führte. „Die Tätigkeit der deutschen Abteilung war von grundsätzlicher Bedeutung für die Überwindung von Vorurteilen und für die Ausräumung von Mißverständnissen zwischen den Arbeitern beider Nationalitäten" (S. 31f.). Die Wertschätzung, die die Deutschen im Textilarbeiterverband genossen, fand u. a. darin ihren Ausdruck, daß Dipl.-Ing. Emil Zerbe als Vertreter der DSAP zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes gewählt wurde; dieses Amt hatte er bis 1939 inne. Herausgestellt werden die Erfolge, die die DSAP im Jahre 1927 sowohl bei Stadtverordnetenwahlen in Lodz und in den kleineren Städten des Lodzer Industriebezirks erzielte. Bedeutsam ist die Darstellung mancher bisher nicht bekannter Einzelheiten über das Zustandekommen des Wahlbündnisses zwischen DSAP und PPS bei den Sejmwahlen 1928 und der daraus resultierenden weiteren Entwicklung. Als Beispiel dafür, welcher Druck auf die DSAP von den Regierungsstellen nach dem Übergang zur autoritären Staatsführung in Polen ausgeübt wurde, wird folgende bisher kaum bekannte Tatsache angeführt: Als man auf dem Vereinigungsparteitag der DSAP im Oktober 1929 vier Personen im Versammlungsraum als Polizeispitzel erkannt hatte, wurden diese von Emil Zerbe aus dem Saal gewiesen. Dafür wurde Zerbe vom Lodzer Amtsgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Appellationsgericht bestätigte dieses Urteil, das jedoch später vom Obersten Gericht aufgehoben wurde. Das Verfahren wurde an das Amtsgericht zurückverwiesen.

Wertvoll für die Kenntnis der Entwicklung der DSAP im Lodzer Bezirk sind die Berichte über die Bezirksparteitage und Ortsgruppenversammlungen. Es werden darin neben der Wiedergabe der wichtigsten Beschlüsse auch die personelle Besetzung der Ämter in der Partei aufgeführt. Für den Zeitraum bis zum Jahre 1933, d. h. bis zur Ausweitung des Nationalsozialismus auch in bürgerlichen Kreisen des Deutschtums in Polen, faßt Szcz. die Aufgabe und die Bedeutung der DSAP im Bezirk Mittelpolen so zusammen: „Entstehung und Tätigkeit der Partei zeugten von ihrer Lebendigkeit und ihrem Willen zur Fortsetzung der Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, indem sie sich den nationalistischen Gruppierungen entgegenstellte, die innerhalb der deutschen Minderheit in Polen bedeutenden Einfluß hatten. Es ist ohne Zweifel ein Verdienst der DSAP, daß sie in dieser Zeit in einem Teil der deutschen Arbeiter und der Intelligenz eine internationale Haltung herbeiführte und sie nationalistischen Einflüssen entzog" (S. 80). Die DSAP sei bemüht gewesen, die von der Sozialistischen Internationale abgegebenen Empfehlungen und Weisungen zu erfüllen, wobei sie allerdings die Fragen der von ihr geforderten Kulturautonomie und des Schulwesens hervorhob.

In einem besonderen Abschnitt behandelt der Vf. die Lage, die sich für die DSAP nach 1933 ergab. Bezeichnend dabei ist, daß der Abschluß der Nichtangriffserklärung zwischen Polen und dem Dritten Reich und die freundschaftliche Idylle, die sich danach zwischen den Regierungen beider Länder ergab und die doch die Voraussetzung für die Entfaltung nationalsozialistischer Umtriebe in Polen war, von Szcz. nicht erwähnt wird. Eingehend werden die Tendenzen untersucht, die sich angesichts der entstandenen Lage auf der Suche nach neuen Wegen in der Führung der DSAP ergaben. Während die von Artur Kronig angeführte Gruppe auf die Beibehaltung der vollen Eigenständigkeit der Partei pochte und schließlich die Partei verließ, strebte der gemäßigt links orientierte Parteiflügel mit Emil Zerbe an der Spitze eine Vereinigung mit der PPS und dem jüdischen „Bund" an. Es werden auch die von kommunistischer Seite in der DSAP geführten Bestrebungen nach Schaffung einer linksradikalen Einheitsfront behandelt, deren Einzelheiten sich aus den Akten der Polizeistellen ergeben. Offenbar wird auch der Opfergang, den die DSAP in den Jahren 1935 bis 1939 einerseits angesichts der breite Schichten des Deutschtums in Polen überschäumenden Welle des Nationalsozialismus und andererseits wegen der linksradikalen Strömungen innerhalb der Partei gehen mußte. In der Aufzählung der Ereignisse des Jahres 1939 werden auch die als unbegründet bezeichneten zahlreichen Entlassungen deutscher Arbeiter aus den Fabriken im Lodzer Bezirk und die verzweifelten Bemühungen der DSAP, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, erwähnt.

Im zweiten Abschnitt seiner Arbeit sucht Szcz. der komplizierten Lage, die sich in Ostoberschlesien und dem Teschener Schlesien gebildet hatte, gerecht zu werden. Der Umstand, daß die Führung der deutschen Arbeiterschaft für ihre politische Organisation zwei eigenständige Parteibezirke schuf, machte die Sache für die vorliegende Untersuchung nicht einfacher. Beim Aufbau und in der Entwicklung des Parteibezirks Polnisch-Oberschlesien spielte der Umstand, daß die hier seit Jahrzehnten tätigen Gewerkschaften auf Grund der Genfer Konvention erhalten bleiben mußten und deren Führung ihren Sitz in dem bei Deutschland verbliebenen Teil des Landes hatte, eine beachtliche Rolle. Die sich aus diesem Organisationsaufbau ergebenden Differenzen werden in der Untersuchung beleuchtet. Als Quelle für die Angaben über die deutsche Gewerkschaftsbewegung nennt der Vf. u. a. die Akten des deutschen Generalkonsulats in Kattowitz. Wegen der finanziellen Unterstützungen von deutscher Seite ergaben sich in der notwendigen Zusammenarbeit zwischen der sozialdemokratischen Parteileitung und dem Deutschen Volksbund immer wieder Schwierigkeiten. In der Folge kam in der deutschen Sozialdemokratie der Gedanke einer Zusammenarbeit mit der polnischen Arbeiterschaft auf.

Im Teschener Schlesien waren bereits Anfang 1923 gemeinsame Aktionen der deutschen und der polnischen Arbeiterschaft zu verzeichnen. Zur Feier des 1. Mai 1923 hatten die deutschen und die polnischen Sozialisten in Bielitz gemeinsam aufgerufen. Während der Aufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Polnisch-Oberschlesien auf der bisherigen Grundlage erfolgen konnte, mußte die deutsche Arbeiterkulturorganisation neu geschaffen werden, da diese Bindungen an den deutschen Teil Oberschlesiens nicht mehr bestanden. Als Dachorganisation für den polnischen Teil Oberschlesiens wurde in Kattowitz der Bund für Arbeiterbildung gegründet.

Ein besonderes Kapitel befaßt sich mit der Tätigkeit der DSAP in Polnisch-Oberschlesien im Zeitraum 1926–1933. Hervorgehoben werden dabei sowohl die Vorbehalte, die die Führung der DSAP gegen die von der PPS in Kattowitz an den Tag gelegte Unterstützung des Pilsudski-Lagers hatte, als auch die unterschiedliche Einstellung der PPS in Bielitz-Biala in dieser Frage. Bemerkenswert ist auch der Hinweis Szcz.s, daß es in der PPS Strömungen zur Anerkennung der Forderung der DSAP nach einer Kulturautonomie für die deutsche Minderheit in Polen gegeben habe.

Eine Klärung der politischen Linie der Parteibezirke Polnisch-Oberschlesien und Teschener Schlesien erfolgte bei der Wahl zum 2. Schlesischen Sejm am 11. Mai 1930. An die Spitze der Forderungen der DSAP wurden jetzt soziale Fragen gestellt, was gleichfalls eine Annäherung an die polnischen Sozialisten erkennen läßt. Diese Situation wiederholte sich, als die DSAP bei den Wahlen zum Warschauer Sejm und Senat im November 1930 sich zusammen mit der PPS dem Wahlblock Centrolew anschloß.

Für den Zeitraum bis 1933 stellt Szcz. fest, daß die Arbeit des Bezirks Polnisch-Oberschlesien im allgemeinen in Übereinstimmung mit dem Programm der Parteileitung in Lodz geführt wurde. Differenzen traten jedoch in bezug auf das Verhältnis zur PPS auf, da sich die Bezirksleitung der PPS in Kattowitz nicht an die Weisungen ihrer Warschauer Parteizentrale hielt. Hervorgehoben werden dabei vom Vf. prinzipielle Unterschiede zwischen den Bezirken der PPS in Kattowitz und Bielitz. Mit genauen Daten zählt Szcz. die Rückschläge der DSAP im Kattowitzer Bezirk nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland auf. Die Einstellung der finanziellen Unterstützung für den „Volkswillen", der jetzt nicht mehr in der vom Deutschen Volksbund getragenen Druckerei gedruckt werden konnte, war der erste Schritt in diese Richtung. Die Liquidierung der Presseorgane des Freien Gewerkschaftsbundes und des Bundes der Angestellten folgte. Ausführlich geht Szcz. auf die in den Jahren 1933 und 1934 durchgeführten zahlreichen Versammlungen der DSAP ein. Daraus wird erkennbar, welchem moralischen Druck die deutsche Arbeiterschaft in Polnisch-Oberschlesien in dieser Zeit ausgesetzt war.

Bisher nicht bekannte Einzelheiten aus den Geheimberichten des Innenministeriums in Warschau trägt Szcz. über die opfervolle Arbeit der DSAP in Polnisch-Oberschlesien in den Jahren 1935–1939 zusammen, als einige ihrer Mitglieder mit Johann Kowoll an der Spitze sich dem Exilvorstand der SPD in Prag (Sopade) für den Kampf gegen das Hitlerregime in Deutschland zur Verfügung stellten. Die Kolportage von Schriften der Sopade nach Deutschland und umgekehrt von Berichten aus Deutschland nach Prag gehörte zu ihren Aufgaben. Die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Nationalsozialismus erstreckte sich auch auf das „Internationale Komitee gegen Krieg und Faschismus" in Paris. Bis zur Einverleibung des Sudetenlandes in das Reich bestanden enge Bindungen auch an die Deutsche Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei.

In einem letzten kurzen Abschnitt behandelt das Buch die Geschichte und das Schicksal der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in Posen-Pommerellen. Die Untersuchung endet hier allerdings bereits im Jahre 1936, da diese Partei nach ihrer Trennung von der DSAP im Jahre 1928 sehr schnell ins nationalistische Fahrwasser geriet und im Jahre 1936 als Faktor aus dem politischen Leben der deutschen Minderheit in Polen gänzlich ausschied.

Erkrath-Hochdahl Otto Heike

Gerd Wehner: Großbritannien und Polen 1938–1939. Die britische Polen-Politik zwischen München und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 183.) Verlag Peter Lang. Frankfurt am Main, Bern 1983. 312 S.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Diskussion über Erfolg oder Mißerfolg der britischen Appeasementpolitik vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hat die Politik Londons gegenüber Polen wiederholt das besondere Interesse der Forschung gefunden (vgl. u. a. Simon Newman: March 1939. The British Guarantee to Poland, Oxford 1976). Dabei ist die am 31. März 1939 nach der deutschen Besetzung Prags ausgesprochene Garantie Polens durch die Regierung Chamberlain als „überstürzt", als „Blankoscheck für Po-